

Stand: 01.03.2020 17:22:58

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/4881

"Beitrittsverhandlungen mit der Türkei beenden!"

Vorgangsverlauf:

1. Antrag 18/4881 vom 20.11.2019
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/5559 des BU vom 03.12.2019
3. Beschluss des Plenums 18/5954 vom 29.01.2020
4. Plenarprotokoll Nr. 38 vom 29.01.2020



Antrag

der Abgeordneten **Martin Böhm, Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Richard Graupner, Roland Magerl, Ferdinand Mang, Gerd Mannes** und **Fraktion (AfD)**

Beitrittsverhandlungen mit der Türkei beenden!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf allen relevanten Ebenen dafür einzusetzen, dass die Beitrittsverhandlungen zwischen der Türkei und der EU beendet werden. Weiterhin sollen alle Zahlungen an die Türkei, insbesondere die Vorbeitrittshilfen, und die bestehenden Maßnahmen der Europäischen Investitionsbank sofort eingestellt werden.

Begründung:

Die Türkei hat sich in den letzten Jahren immer weiter zu einem islamistisch geprägten, autoritären Staat entwickelt. Unter dem Präsidenten Erdoğan entfernte sich das Land somit ideell immer weiter von den EU-Staaten. Meinungs- und Pressefreiheit werden mit Füßen getreten, die Demokratie innerhalb des Landes stückweise abgebaut.

Ebenfalls ist die türkische Außenpolitik in keiner Weise in unserem Interesse. Mit steti- gen Drohungen, die EU mit Migranten zu fluten, versucht er weitere Zahlungen zu er- pressen, selbst die Freilassung von IS-Kämpfern wird zum Druckmittel. Eine Partner- schaft basiert auf Vertrauen und Wertschätzung, was offensichtlich beides nicht ge- geben ist.

Die EU geriert sich als Zahlmeister eines Unsicherheitsfaktors, der kein Interesse an Stabilität und Zusammenarbeit zeigt. Stattdessen sorgt die Türkei mit ihrem Vorgehen in Syrien für eine weitere Destabilisierung der Region. Dieses Verhalten darf weder fi- nanziell gefördert, noch durch die Fortführung der Beitrittsgespräche legitimiert werden. Die Vertagung einer Entscheidung durch das „Einfrieren“ von Gesprächen stellt dabei keine zufriedenstellende Option dar.

Die bisher knapp 2 Mrd. Euro an Vorbeitrittshilfen haben nicht zu den gewünschten Erfolgen geführt und insbesondere die letzten Jahre waren eher von Rück- als von Fort- schritten geprägt. Somit ist ein Verharren im Status quo nicht länger hinnehmbar und der Abbruch der Gespräche zwingend notwendig.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

**Antrag der Abgeordneten Martin Böhm, Prof. Dr. Ingo Hahn,
Katrin Ebner-Steiner u.a. und Fraktion (AfD)**
Drs. 18/4881

Beitrittsverhandlungen mit der Türkei beenden!

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Martin Böhm**
Mitberichterstatter: **Dr. Franz Rieger**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 18. Sitzung am 3. Dezember 2019 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
 - CSU: Ablehnung
 - B90/GRÜ: Ablehnung
 - FREIE WÄHLER: Ablehnung
 - AfD: Zustimmung
 - SPD: Ablehnung
 - FDP: kein VotumAblehnung empfohlen.

Tobias Gotthardt
Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Martin Böhm, Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Richard Graupner, Roland Magerl, Ferdinand Mang, Gerd Mannes** und **Fraktion (AfD)**

Drs. 18/4881, 18/5559

Beitrittsverhandlungen mit der Türkei beenden!

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Alexander Hold

III. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Martin Böhm

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Abg. Dr. Franz Rieger

Abg. Dr. Martin Runge

Abg. Florian Siekmann

Abg. Tobias Gotthardt

Abg. Helmut Markwort

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 5** auf:

Antrag der Abgeordneten Martin Böhm, Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner u. a. und Fraktion (AfD)

Beitrittsverhandlungen mit der Türkei beenden! (Drs. 18/4881)

Ich eröffne die Aussprache. Erster Redner ist Herr Abgeordneter Böhm für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Martin Böhm (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich zitiere:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, [...] sich auf Bundes- und Europaebene [...] für einen schnellstmöglichen Abbruch der EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei und [...] für die Einstellung der mit bayerischem Steuergeld unterstützten Milliarden-Zahlungen der EU an die Türkei im Rahmen des [...] (IPA II), die nicht zivilgesellschaftlichen Projekten dienen, einzusetzen.

Das war hier im Hohen Haus im Mai 2017 ein Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER. Auch die CSU stimmte dem zu, lieber Kollege Rieger.

(Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Hört, hört!)

Und nichts geschah. 30 Monate später fehlt euch dann im Ausschuss das Rückgrat, unserem bitter nötigen Antrag zuzustimmen. So schnell kann der Futtertrog der Regierungsmacht den Opportunismus nähren.

(Beifall bei der AfD – Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Die Sinnlosigkeit Ihrer Anträge ist bemerkenswert!)

Das Zögern und Zaudern nach Erdogans völkerrechtswidrigem Syrien-Feldzug war zu Recht der Anlass unseres Antrags. Und siehe da: Durch den Libyen-Einsatz ist die EU nun endgültig im Würgegriff des Despoten. Sein Fantasieren von einer Großtürkei, seine Aufforderung an Landsleute, sich hier der Integration zu verweigern, seine Einflussnahme auf unsere Gesellschaft durch den von der Türkei beaufsichtigten DITIB-Verein sowie seine eigenen Wahlkampfauftritte hier in Deutschland und als Krönung des Ganzen sein erpresserisches Ausnützen des windigen Flüchtlingsdeals, den eine noch windigere Berliner Figur für die EU ausgehandelt hat, lassen uns sagen:

(Beifall bei der AfD – Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Solche Reden sind der Grund, warum wir nie zustimmen werden!)

Wir fordern den Abbruch der EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei. Das war auch die Kernaussage von FDP-Lambsdorff am 15.10. in der "Augsburger Allgemeinen". Da hat euer Außenexperte recht; denn dem Sultan nützen auch stillstehende Beitrittsverhandlungen. Seit 2014 wurden zwei Milliarden Euro als Vorbeitrittshilfen ausbezahlt, meist zweckgebunden zur Förderung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Das ist kein Witz, sondern die EU-verbrieftete Förderung des totalitären Erdogan-Regimes.

Vor wenigen Tagen teilte der EU-Außenbeauftragte Borrell mit, die EU habe die Hilfen aus dem IPA-Programm drastisch gekürzt. Die Türkei erhalte dieses Jahr nur noch 170 Millionen. Kolleginnen und Kollegen, das sind genau 170 Millionen zu viel.

(Beifall bei der AfD)

Schluss mit Beitrittsverhandlungen und Schluss mit Zahlungen! Wir sind nicht länger Zahlmeister des Schleusenwärters, der mit seiner Destabilisierungspolitik die Flutwelle auslöst, die er dann regeln kann. Von Januar bis Dezember erreichten 70.000 Migranten von der Türkei aus die EU, ein Plus von 46 % im Vergleich zum Vorjahr.

Die EU hat das politische Schicksal ihres inneren Zustands lieber einem Diktator in die Hand gegeben, anstatt selbst die Grenzen zu schützen. Deutschland als Hauptziel der Armutsmigration erfährt als erstes die Länge seines Hebels.

Wir wollen keine EU-Partner, die uns erpressen, wir wollen keine EU-Partner, die unser christlich-jüdisches Abendland verachten, und wir wollen keine EU-Partner, die zu uns rutschen, weil der Schmierstoff das Steuergeld bayerischer Bürger ist.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Wir wollen auch keine Parlamentskollegen von der AfD!)

– Sehr verehrter Herr Kollege Mehring, das spitzbübische Grinsen kenne ich jetzt schon.

Wir wollen ein Europa befreundeter Vaterländer, deren Bürger im Streben nach Souveränität und Patriotismus verbunden sind und deren nationalstaatliche Regierungen ein Leben in Recht und Freiheit garantieren.

Stimmen Sie unserem Antrag zu!

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Der nächste Redner ist der Kollege Dr. Franz Rieger von der CSU-Fraktion.

Dr. Franz Rieger (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Ich darf es gleich zu Beginn sagen: Wie schon im Europa-Ausschuss lehnen wir diesen Schaufensterantrag ab; denn er ist überflüssig, er torpediert jegliche Zusammenarbeit, er ist in Teilen gar nicht umsetzbar und auch nicht sinnvoll. Ich meine, in manchen Punkten ist Ihr Antrag auch ohne jeden politischen Weitblick.

Überflüssig ist er aus folgenden Gründen: Wenn Sie einmal recherchieren, stellen Sie fest, dass wir als CSU und auch die Staatsregierung, die wir seit sechzig Jahren anführen, einen Beitritt der Türkei stets abgelehnt haben und durchgängig seit 2004, also

seit 16 Jahren, für ein Ende der Beitrittsverhandlungen eingetreten sind; denn ein EU-Beitritt sollte nicht auf rein wirtschaftlichen Überlegungen basieren oder von romantischen Vorstellungen geleitet sein. Ein Land, das der EU beitreten soll, muss die europäischen Werte verwirklichen und täglich leben. Ich empfinde sicher keine Genugtuung oder Freude dabei, aber ich muss sagen, dass die Entwicklungen in der Türkei in den letzten Jahren doch sehr deutlich gemacht haben, dass unsere Skepsis angebracht war und ist.

Im Übrigen machen wir gerade auch die Erfahrung, dass wir schon innerhalb der Europäischen Union große Diskussionen und Schwierigkeiten im Umgang mit Mitgliedstaaten haben, die zum Beispiel im Bereich Justiz und Medienvielfalt derzeit eigene Vorstellungen verfolgen. Angesichts der klaren Positionierung des Freistaates ist der vorliegende Antrag der AfD somit überflüssig und reine Effekthascherei.

Außerdem bringt der Antrag der AfD eines überhaupt nicht zum Ausdruck – und hier kommen wir zum Thema Zusammenarbeit: Den Beitritt der Türkei abzulehnen heißt nicht, der Türkei die Tür vor der Nase zuzuschlagen. Wir haben mit der Türkei viele Bezugspunkte und in vielen Bereichen bereits eine jahrelang eingespielte Zusammenarbeit. Auch kulturell besteht ein intensiver Austausch.

Zum Beispiel eröffnete erst am vergangenen Freitag Bundeskanzlerin Angela Merkel zusammen mit dem türkischen Staatspräsidenten den neuen Campus der Türkisch-deutschen Universität in Istanbul. Damit soll die Anzahl der Studenten von heute 2.500 auf über das Doppelte gesteigert werden. Das ist übrigens ein Projekt, das auf die Initiative der ehemaligen Bundestagspräsidentin Rita Süssmuth zurückgeht.

Die Türkei kann also ein guter Nachbar und Partner sein, nicht nur bei der Ordnung der Migration. Nicht zuletzt ist die Türkei mit uns zusammen ja auch in der NATO. Es geht also darum, diese Partnerschaft mit der Türkei trotz der ganzen aktuellen Komplikationen zu pflegen und langfristig zu entwickeln. Davon profitieren wir auf lange Sicht

viel mehr als von sinnloser Konfrontation, die jeglichen Dialog unmöglich macht. Diese positive Botschaft fehlt im AfD-Antrag völlig.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, deshalb halte ich auch nichts von der Forderung der AfD, alle Zahlungen der EU an die Türkei sofort zu stoppen. Das klingt vielleicht zunächst nachvollziehbar, ist aber bei näherem Hinsehen weder möglich noch sinnvoll.

Nehmen wir nur mal das Beispiel der Vorbeitrittshilfen. Angesichts der Entwicklungen der letzten Zeit wie dem Umbau der türkischen Justiz, den Ölbohrungen in europäischen Gewässern oder der Militäroperation in Syrien sind die Vorbeitrittshilfen bereits seit 2017 massiv zurückgefahren worden. Schon im Oktober 2019 haben die EU-Außenminister eine Kürzung um 75 % für 2020 beschlossen. Das sind richtige Schritte und klare Signale an die türkische Führung.

Eine vollständige Einstellung wäre aber das falsche Signal; denn gerade jetzt brauchen die Kräfte und die Prozesse in der Türkei, die zu mehr Rechtsstaatlichkeit und Demokratie führen, unsere Unterstützung. Gerade jetzt brauchen die zivilgesellschaftlichen Akteure, die diese Anstrengungen tragen, unsere Hilfe. Diese Kräfte in der Türkei sind für eine gute Partnerschaft mit Europa wichtig. Das hat mit Beitritt nichts zu tun. Daher finde ich es gut, dass wir als EU einen differenzierten Ansatz fahren und die Hilfen für diesen Bereich nicht streichen. Schließlich stehen wir als EU auch als Vertragspartner des Flüchtlingsdeals zu unseren Verpflichtungen.

Der Flüchtlingsdeal wird gerne und oft – auch von Ihnen – kritisiert. Dabei gerät aber oft aus dem Blickfeld, dass dieses Abkommen und die Zahlungen der EU vor allem auch dazu beitragen, dass sich die Situation der großen Zahl vor allem syrischer Flüchtlinge, die sich im Millionenbereich bewegt, durch medizinische Behandlungsmöglichkeiten, durch Bildungsangebote und vieles mehr verbessert. Hier einfach pauschal keine Zahlungen mehr zu leisten und damit der Situation freien Lauf zu lassen, ist ganz sicher nicht der richtige Ansatz. Herr Böhm, es mag populistisch gut klingen, solche Forderungen zu erheben. Außenpolitisch ist dies aber schlicht und einfach fast

verantwortungslos und, wie ich gesagt habe, auf jeden Fall ohne jeglichen politischen Weitblick. Deshalb lehnen wir diesen Antrag ab.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Rieger, bleiben Sie bitte am Rednerpult. – Wir haben zwei Interventionen. Zunächst hat sich Kollege Martin Runge vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gemeldet. Herr Runge, bitte schön.

Dr. Martin Runge (GRÜNE): Herr Kollege Rieger, unsere Position zur aufgerufenen Thematik ist bekannt und auch klar. Die Türkei ist aktuell meilenweit von einem Beitritt entfernt. Sehen wir uns die Kopenhagener Kriterien an und fragen danach, wie sie erfüllt oder eben nicht erfüllt werden! Die Türkei ist davon sogar weiter entfernt denn je. Wir haben aber schon immer klar gesagt: Pacta sunt servanda. Jetzt die Tür zuzuschlagen, würde großen Schaden anrichten.

Weshalb ich mich aber gemeldet habe, ist die elende Geschichtsklitterung der CSU, die wir jetzt wieder aus Ihrem Munde gehört haben. Sie haben gesagt: Unsere Position ist auch klar. Wir als CSU waren schon immer gegen einen Beitritt. – Die CSU war lange Zeit die politische Fakultät in diesem Lande, die am lautesten und heftigsten für einen Beitritt getrommelt hat.

(Zuruf von der CSU: Was?)

Ich zitiere aus einer Ihrer Presseerklärungen. Das ist die Presseerklärung Nummer 392/97 der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag.

(Dr. Franz Rieger (CSU): Von 1997?)

Die Überschrift lautet: "Am Ziel darf es keinen Zweifel geben." Ich korrigiere, der letzte Satz lautet: "Am Ziel darf es keinen Zweifel geben: Es ist vor allem im deutschen Interesse, die Türkei in Europa zu sehen."

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit.

Dr. Martin Runge (GRÜNE): Bitte?

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Ihre Redezeit.

(Dr. Franz Rieger (CSU): Wann war die Pressemitteilung? 1997? Oder was?)

Dr. Martin Runge (GRÜNE): Das ist eine Pressemitteilung von 1997 der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag. Sie brauchen nicht zu sagen, dass Sie immer gegen einen Beitritt waren. Sie haben lange Jahre dafür getrommelt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: 1997. – Danke. – Herr Rieger, bitte schön.

Dr. Franz Rieger (CSU): Mit einer Pressemitteilung zu kommen, die 23 Jahre alt ist, ist Ihre Sache.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Martin Runge (GRÜNE))

Ich habe gesagt, dass wir seit 2004 immer gegen den Beitritt waren. Dass sich politische Verhältnisse seit dieser Pressemitteilung innerhalb von 23 Jahren ändern, brauche ich nicht zu erwähnen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Martin Runge (GRÜNE))

Ich glaube, darauf braucht man nicht detailliert zu antworten. Wir haben dazu ebenso wie die Staatsregierung eine klare Position.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Jetzt haben wir eine zweite Intervention von Herrn Abgeordneten Böhm von der AfD-Fraktion. Herr Böhm, bitte schön.

Martin Böhm (AfD): Lieber Kollege Rieger, wir müssen keine 23 Jahre zurückgehen; 30 Monate genügen. Seinerzeit gab es einen Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/16967. An der Diskussion im Ausschuss über diesen Dringlichkeitsantrag

haben Sie sich lebhaft beteiligt. Man kann im Protokoll nachlesen, dass es Ihrer Intervention zu verdanken ist, dass dieser Antrag etwas abgemildert wurde. In dieser Form ist er dann vom Ausschuss positiv beschieden worden. Ihnen war es wichtig, die zivilgesellschaftlichen Projekte weiter zu finanzieren. Das finde ich schade; denn man sieht ja, was bei den zivilgesellschaftlichen Projekten herauskommt, nämlich gar nichts. Das Land ist in die Diktatur gerutscht; das Geld versackt bei einem Despoten. Dies zum einen.

Zum anderen. Sie werfen uns mangelhaften politischen Stil vor. Diesen Ball spiele ich umgehend an die Kollegen von den FREIEN WÄHLERN zurück, weil es schlicht und ergreifend ihr Antrag war, den wir aufgrund der aktuellen Gegebenheiten jetzt neu aufs Tapet gehoben haben.

Außerdem darf ich daran erinnern: Ihre Schwesterpartei, von manchen Ihrer Kollegen – –

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Martin Böhm (AfD): Das nächste Mal erzähle ich mehr.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Rieger, bitte schön.

Dr. Franz Rieger (CSU): Herr Böhm, Sie haben ja selbst ausgeführt, dass ich den Antrag schon damals abgemildert habe.

Noch ein Wort zur allgemeinen Lage, nur ein Wort. Sie wissen selbst, dass die innenpolitischen Verhältnisse in der Türkei nicht so einfach und nicht so eindeutig sind, wie es scheinen mag. Erdogan sitzt nicht so fest im Sattel. Gerade unter diesem Aspekt ist es natürlich wichtig, die dortige Zivilgesellschaft zu fördern und die demokratischen Entwicklungen, die sich dort zeigen und die dort vorherrschen, zu unterstützen. Dies zeigt umso mehr, dass Ihr Antrag falsch ist und dass wir mit unserer Linie vielleicht

etwas mehr politischen Weitblick haben, als Sie von der AfD mit diesem populistischen Antrag zum Ausdruck bringen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Der nächste Redner ist Kollege Florian Siekmann von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Florian Siekmann (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zu Beginn will ich eines ganz klarstellen: Die Türkei ist nicht Erdogan, und Erdogan ist nicht die Türkei. Die Kommunalwahlen im vergangenen Jahr haben unter Beweis gestellt, dass sich viele Menschen in der Türkei trotz Repressionen, trotz Zensur, trotz der Gefahr, dafür ins Gefängnis zu gehen, ganz klar für die Demokratie entschieden haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der neue Bürgermeister von Istanbul steht stellvertretend für die vielen Kämpferinnen und Kämpfer für Demokratie, Menschenrechte, Minderheitenschutz, Gleichberechtigung und viele andere wichtige Rechte in der Türkei. Zahllose Journalistinnen und Journalisten riskieren ihre Freiheit, um die Pressefreiheit in der Türkei zu verteidigen. Das sind europäische Werte. Der Bayerische Landtag sollte sich diesen Menschen in der Türkei verbunden fühlen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich meine, allen Fraktionen hier im Haus ist klar – scheinbar allen Fraktionen außer Ihnen von der AfD-Fraktion –, dass es unter einem Präsidenten Erdogan niemals zu einem Abschluss der Beitrittsverhandlungen kommen wird. Solange Erdogan Präsident der Türkei ist, werden die Beitrittsverhandlungen dort bleiben, wo sie sich gerade befinden – und das ist ganz, ganz, ganz weit hinten im Tiefkühlfach.

Wir GRÜNE kritisieren Erdogan, und wir kritisieren ihn und seine Regierung scharf für den Umgang mit den Menschenrechten, für Zensur, für Repression und für ihr zweifelhaftes Verständnis im Umgang mit Demokratie. Wir verurteilen aber nicht pauschal alle Menschen in der Türkei.

Seien wir doch einmal ehrlich. Warum stellt die AfD-Fraktion diesen Antrag? – Weil sie sich plötzlich zur Vorkämpferin für Demokratie gewandelt hat und diktatorische Systeme ablehnt? – Wohl kaum. Kollege Böhm hat eben so schön auf das Völkerrecht verwiesen. Ich frage mich: Was qualifiziert die AfD-Fraktion, Aussagen über das Völkerrecht zu treffen, während ihre Abgeordneten im Bund bereitwillig Wahlbeobachter für Putin spielen

(Zuruf von der AfD)

und auf die völkerrechtswidrig annektierte Krim marschieren? – Ich glaube, Sie zeigen mit diesem Antrag, dass Sie überhaupt kein Interesse an Demokratie in der Türkei haben.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf von der AfD)

Ganz im Gegenteil: Sie wollen mit allen Mitteln muslimischen Menschen den Weg in die EU verschließen. Mit Ihrem Antrag wollen Sie allen demokratischen Kräften in der Türkei die Tür vor der Nase zuschlagen.

(Zuruf von der AfD: Hören Sie doch auf!)

Das werden wir nicht zulassen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf von der AfD)

Die Europäische Union reagiert natürlich auf die Lage in der Türkei. Die Vorbeitrittshilfen wurden umso mehr gekürzt, je weiter sich die Türkei von unserem Wertekompass entfernt hat. Im Beschluss der EU-Kommission waren für 2019 noch circa 160 Millionen Euro Eigenmittel vorgesehen, davon 80 Millionen Euro für den Bereich Demokra-

tie und Governance. Wissen Sie, was dazu zählt? – Zum Beispiel die Möglichkeit für türkische Studierende, am Erasmus+-Programm teilzunehmen und nach Europa zu kommen. Das ist doch wichtig. Es ist entscheidend, dass wir jungen Menschen die Möglichkeit geben, zu sehen, wie sich in Europa eine Demokratie entwickeln konnte, zu sehen, wie eine freie Hochschule funktioniert. Genau das wollen Sie verhindern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Diese Mittel versumpfen auch nicht. Sie sind projektgebunden und werden nur an diejenigen Studierenden ausgezahlt, die hierherkommen.

Weitere knapp 50 Millionen Euro wurden für Rechtsstaatlichkeit und Grundrechte eingeplant. Dabei arbeitet die EU mit der international angesehenen Venedig-Kommission des Europarates zusammen. Die Mittel werden also genau dafür eingesetzt, um zum Beispiel die Verfassungsänderungen, die in der Türkei vorgenommen wurden, zu untersuchen, um sie auch zu kritisieren. Diese Mittel sind also auch ein Weg. Die eingefrorenen Verhandlungen sind auch ein Weg, mit der Situation in der Türkei umzugehen.

In Ihren Antragsbegründungen und in Ihrer Rede von einer Rolle der EU als Zahlmeister zu sprechen, ist mehr als realitätsverzerrend. Die EU investiert über die Vorbeitritts-hilfen in der Türkei gerade vor allem in eine einzige Sache: Das ist die demokratische Zivilgesellschaft – da bin ich mit Herrn Rieger einer Meinung. Genau dieser Zivilgesellschaft schlagen Sie mit Ihrem Antrag die Tür vor der Nase zu.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Der nächste Redner ist Kollege Tobias Gotthardt von den FREIEN WÄHLERN.

Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Böhm, in Ihrer Rede haben Sie den Antrag der FREIEN WÄH-

LER aus dem Jahr 2017 gegen einen Vollbeitritt der Türkei zur Europäischen Union zitiert. Damit zeigen Sie vor allem, dass Sie nicht einmal abschreiben können.

Wir haben in unserem Antrag völlig zu Recht einen Vollbeitritt der Türkei zur Europäischen Union abgelehnt. Das tun wir auch weiterhin und haben es schon getan, bevor es Ihre Partei überhaupt gegeben hat.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Der Unterschied liegt in der Begründung. Zum einen hat Ihr Antrag schwerste inhaltliche Fehler; zum anderen haben Sie keinen Plan B, weil Sie nichts anbieten, was wir sonst machen können. Wir können nicht einfach den Vorhang zuziehen und sagen: Die Türkei gibt es nicht mehr, wir haben keinen Nachbarn mehr, wir haben keinen Übergang in den arabischen Raum.

(Zuruf des Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD))

Sie kritisieren unter anderem die Zahlungen, die weitergeführt werden. Die Kolleginnen und Kollegen haben es schon ausgeführt. Nehmen wir das Beispiel der Europäischen Investitionsbank. In Artikel 28 der Geschäftsordnung heißt es: Die Kommission und das Parlament haben keinen Einfluss auf die Ausgaben der Europäischen Investitionsbank.

Die Ausgaben – 29 Milliarden Euro seit 2000 – laufen vor allem in Richtung KMU, Landwirtschaft und Bildung. Nichts geht in irgendwelche Systeme und noch weniger zu Erdogan. Genauso ist es mit den verbliebenen Zahlungen von ehemals 1,7 Milliarden Euro – und nicht 2 Milliarden Euro; Sie runden immer sehr großzügig auf.

Von den verbliebenen 168 Millionen Euro pro Jahr gehen 150 Millionen Euro in die Förderung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Es handelt sich also um Projekte, die wir fördern wollen und die wir auch fördern müssen. Der Rest von 18 Millionen Euro fließt in Programme zur ländlichen Entwicklung, was ich auch für einen richtigen Ansatz halte.

Sie kritisieren völlig zu Unrecht. Die Kürzungen sind erfolgt; was Sie haben wollen, ist längst erfolgt. Ihr Antrag hat sich in diesem Bereich überholt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Zu Ihrer Kritik am Verhalten der Bundesregierung, weiterhin mit der Türkei zu reden: Ihre Kollegen im Deutschen Bundestag haben der Bundesregierung vorgeworfen, zum Beispiel in Libyen nichts zu unternehmen. Jetzt ist eine Libyen-Konferenz unter anderem deshalb erfolgreich gelaufen, weil Putin und Erdogan mit am Tisch saßen – nicht, weil sie Freunde sind, sondern weil wir miteinander reden müssen.

Ihre Politik des Vorhangzuziehens und des Einmauerns ist nicht vernünftig. Sie macht Europa kaputt und bringt uns nicht voran. Genauso ist dieser Antrag formuliert: Er ist ein Schaufensterantrag, der es nicht wert ist, ins Schaufenster gehängt zu werden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Kollege Gotthardt, bleiben Sie bitte am Rednerpult. – Zu einer Zwischenbemerkung hat sich der Abgeordnete Böhm von der AfD gemeldet. Herr Böhm, bitte schön.

(Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Sie dürfen mich gerne zitieren; ich bin schon gespannt!)

Martin Böhm (AfD): Geschätzter Kollege Gotthardt, ich will den Antrag ordentlich vorlesen. Qua Studium bin ich nicht in der Lage dazu, das zu verstehen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, 1. sich auf Bundes- und Europaebene a) für einen schnellstmöglichen Abbruch der EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei und b) für die Einstellung der mit bayerischem Steuergeld unterstützten Milliarden-Zahlungen der EU an die Türkei im Rahmen des Instruments für Heranführungshilfe (IPA II) einzusetzen.

Jetzt erklären Sie doch einmal Ihrer Fraktion – Sie waren damals noch nicht Teil davon –, warum Sie sich heute von dem Antrag Ihrer Fraktion distanzieren.

(Beifall bei der AfD)

Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Die Leseschwäche liegt nicht auf meiner Seite, sondern auf Ihrer. Sie lesen darin "Zahlungen der EU an die Türkei". Der kleine Rest, den es noch gibt und den Sie kritisieren, geht nicht an den türkischen Staat, sondern an Projekte, die wir im türkischen Staat fördern wollen. Ich weiß nicht, was Sie kritisieren wollen.

(Lachen bei der AfD – Zuruf des Abgeordneten Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER))

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön, Herr Gotthardt. – Nächster Redner ist der Kollege Vizepräsident Markus Rinderspacher von der SPD-Fraktion.

Markus Rinderspacher (SPD): Hohes Haus, liebe Kolleginnen und Kollegen! Na, das ist ja mal eine Nachricht: Die AfD sorgt sich um die Demokratie,

(Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Immer! – Zuruf des Abgeordneten Christian Klingen (AfD))

die AfD sorgt sich um die Freiheit, und die AfD sorgt sich um den Rechtsstaat. Es liegt nach meinem Wissen – Sie korrigieren mich, Frau Fraktionsvorsitzende – erst wenige Tage zurück, dass sich Frau Ebner-Steiner an den Kollegen Horst Arnold von der SPD-Fraktion gewandt hat, sie wolle sehr, sehr gerne bei der Delegationsreise des Vizeministerpräsidenten nach Ungarn dabei sein, weil es enge Kontakte zur dortigen Regierung gebe und weil Viktor Orbán mit seiner Politik ein Vorbild für Europa sei. Habe ich das sinngemäß in etwa richtig wiedergegeben? – Frau Ebner-Steiner nickt.

Komischerweise messen Sie offensichtlich mit zweierlei Maß: Es ist Ihnen völlig wurscht, wenn Nationalisten wie Viktor Orbán oder Herr Kaczynski in Polen Rechts-

staatlichkeit, Freiheit und Demokratie mitten in Europa mit Füßen treten. Wenn aber jemand aus einem muslimisch geprägten Land ganz offensichtlich gleichermaßen oder vielleicht sogar noch stärker Rechtsstaatlichkeit und Demokratie mit Füßen tritt, sind Sie plötzlich mit Dringlichkeitsanträgen im Bayerischen Landtag dabei. Wir nehmen das zur Kenntnis.

Um nicht missverstanden zu werden: Die SPD sieht die Lage in der Türkei seit dem Staatsstreich 2016 ausgesprochen skeptisch und mit Sorge: Folter, Abschaffung der Redefreiheit, Aberkennung der Rechte von Minderheiten, unfaire Gerichtsverhandlungen, die regelmäßige Missachtung von Menschenrechten durch die Türkei, Tausende Oppositionelle sitzen im Gefängnis. Es ist also eine ausgesprochen schwierige Entwicklung, eine schlechte Entwicklung, die wir auch entsprechend kritisieren müssen.

Es ist aber nicht die Türkei, wie Kollege Siekmann bereits gesagt hat, sondern es ist die Erdogan-Türkei. Was passiert, wenn wir jetzt den Türken die Tür vor der Nase zuschlagen? – Genau das, was meine Vorredner schon gesagt haben: Ein Abbruch der EU-Beitrittsverhandlungen wäre für die proeuropäischen Kräfte in der Türkei eine Schwächung, denn die Kommunalwahlen erst vor wenigen Monaten haben insbesondere in den großen Städten der Türkei gezeigt, dass viele Menschen dort einen modernen, einen demokratischen, einen säkularen Staat wollen.

(Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): So wie in Ungarn?)

Diese Menschen sollten wir nicht im Stich lassen. Vor diesem Hintergrund wäre es falsch, die Beitrittsverhandlungen zum jetzigen Zeitpunkt tatsächlich auf null zu stellen. Im Übrigen wollen im Moment weder die Europäische Union noch die türkische Staatspitze den Beitritt jetzt und ad hoc – ganz im Gegenteil: Die Distanz ist ja auf allen Ebenen spürbar, und sie ist auch durch die Fakten, die ich eben noch einmal in Erinnerung gerufen habe, begründet.

Es bleibt dabei richtig, dass die Türkei eine unschätzbare Brücke zwischen Europa und Asien ist. Es bleibt richtig, dass die Türkei die zweitgrößte Armee der NATO stellt

und damit Europas und auch Deutschlands Sicherheit erheblich steigert. Es bleibt richtig, dass die Türkei eine einzigartige geostrategische Lage hat. Deshalb bleibt vieles von dem, was mit der Partnerschaft angestrebt wurde, nach wie vor gültig: vom Assoziierungsabkommen 1963 über den Beitrittsantrag 1987, die Zollunion 1996, die Anerkennung als Beitrittskandidat 1999 bis hin zum Beschluss zur förmlichen Aufnahme 2005. All das bleibt richtig.

Deshalb fasse ich meine Worte mit Frans Timmermans zusammen, der gesagt hat, er wisse, dass die Türkei momentan Lichtjahre von der EU entfernt ist, aber jetzt die Tür abzuschließen oder sie durch einen Abbruch der Beitrittsverhandlungen ganz zu verriegeln, liege nicht im Interesse der Europäischen Union. Es liegt auch nicht im Interesse der Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der CSU und der FREIEN WÄHLER)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Der nächste Redner ist Kollege Helmut Markwort von der FDP-Fraktion.

Helmut Markwort (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben jetzt ein paar aufgewärmte Parteischlachten gehört; lassen Sie mich ein paar Fakten zum Thema beisteuern.

(Zuruf des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD))

Selbstverständlich können die Freien Demokraten die Zustände in der Türkei nicht gutheißen; sie werden leider immer schlimmer. Die Türkei ist derzeit aus vielen Gründen kein Rechtsstaat: Das Parlament ist bis zur Bedeutungslosigkeit geschwächt. Die Presse- und Meinungsfreiheit ist massiv eingeschränkt. Viele Journalisten und Anwälte werden verfolgt und sitzen im Gefängnis. Oppositionelle Webseiten werden abgeschaltet.

In diesem Zustand ist die Türkei kein Partner für Deutschland und die anderen EU-Staaten. Trotz alledem müssen wir darüber nachdenken, wie wir mit diesem Land und

seinen 81 Millionen Einwohnern gute Beziehungen unterhalten. Der Abbruch der Beitrittsverhandlungen ist im Wortsinne ein Bruch und keine Lösung.

Die Türkei ist seit jetzt 21 Jahren offiziell ein Bewerberland. Einige der 30 Kapitel sind schon verhandelt. Bei einem Abbruch würde die Türkei ihren Status als Bewerberland verlieren. Das wäre ein Schlag gegen die demokratisch gesinnten Türken, die wie wir auf die Werte der Europäischen Union setzen.

(Beifall bei der FDP)

Denken wir daran, dass 48,7 % der Türken bei der jüngsten Wahl gegen die Ermächtigungspolitik von Erdogan gestimmt haben. Sehen wir es als Hoffnungszeichen, dass es in den zentralen Städten Ankara und Istanbul die Opposition geschafft hat, die Oberbürgermeisterkandidaten von Erdogan zu besiegen. Diese türkischen Wähler träumen von einem demokratischen Staat, wie Atatürk ihn geschaffen hat.

Denken wir auch an die 19.600 Türken in München und an die 13.300 in Nürnberg, die gegen Erdogan gestimmt haben. Sie sind noch eine Minderheit; aber sie lernen in unserer freiheitlichen Demokratie, wie man ohne Diktatur und ohne religiöse Tyrannei leben kann.

Auch die türkischen Freiheitskämpfer, die sich vorige Woche unter persönlichem Risiko mit Kanzlerin Angela Merkel haben fotografieren lassen, wollen keinen Bruch mit Deutschland und der Europäischen Union.

Zur Hoffnung auf demokratische Verhältnisse müssen strategische Überlegungen kommen. Ohne die Türkei kann es keine Lösung der geopolitischen Probleme in dieser Region geben. Die Schlüssellage des Landes ist von größter strategischer Bedeutung. Deshalb bleiben die Türken ein wichtiger Partner der NATO.

Denken Sie daran, dass die Türkei acht Nachbarn hat. Sie grenzt an EU-Länder wie Griechenland, aber auch an den Irak, den Iran und Syrien. Mit dem Krisenland Syrien verbinden die Türkei 898 Kilometer; das ist ihre längste von acht Grenzen. Auch des-

halb sind die Freien Demokraten gegen den Abbruch der Verhandlungen, egal wie wir den jetzigen Zustand nennen. Die Verhandlungen können ausgesetzt bleiben, auf Eis oder, wie der Kollege von den GRÜNEN sagte, in der Tiefkühltruhe liegen oder in Quarantäne bleiben, bis sich in dem Bewerberland Türkei die demokratischen Kräfte als angemessene Partner für die Europäische Union zu Wort melden. Darauf wollen wir hoffen.

(Beifall bei der FDP sowie Abgeordneten der GRÜNEN und der SPD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Mir liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen empfiehlt die Ablehnung des Antrags. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag der AfD-Fraktion zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Die Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das sind die Fraktionen von CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FREIEN WÄHLERN, SPD und FDP sowie die beiden fraktionslosen Abgeordneten Plenk und Swoboda. Stimmenthaltungen? – Ich sehe keine. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.